

Gedenkveranstaltung für die
Opfer des Nationalsozialismus
und Eröffnung der Ausstellung
»Ein Leben aufs neu«

am 27. Januar 2012,
im Hessischen Landtag



HESSISCHER
LANDTAG

Schriften des Hessischen Landtags

Heft 19

Schriften des Hessischen Landtags

- Heft 1 Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am 17. November 2001
Wiesbaden 2002
- Heft 2 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006
- Heft 3 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener Rathauses
Wiesbaden 2006
- Heft 4 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 26.01.2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006
- Heft 5 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008
- Heft 6 Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende“ am 12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008
- Heft 7 Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai 2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008
- Heft 8 Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 10. November 2008
Wiesbaden 2010
- Heft 9 Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verabschiedung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags und Einweihung des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010

- Heft 10 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am 18. September 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010
- Heft 11 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Eckart Conze am 10. November 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010
- Heft 12 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009 an Dekha Ibrahim Abdi
Wiesbaden 2010
- Heft 13 Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit am 29. Oktober 2009
Wiesbaden 2011
- Heft 14 50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den Evangelischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags und der Evangelischen Kirchen am 28. Juni 2010
Wiesbaden 2011
- Heft 15 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010 an Ismail Khatib
Wiesbaden 2011
- Heft 16 20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde am 28. September 2010
Wiesbaden 2011
- Heft 17 Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkveranstaltung und Ausstellungseröffnung am 16. August 2011 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2011
- Heft 18 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011 an Sadako Ogata
Wiesbaden 2011

Gedenkveranstaltung für die Opfer
des Nationalsozialismus

und

Ausstellung des Fritz Bauer Instituts
»Ein Leben aufs neu« – Das Robinson Album.
Jüdische »Displaced Persons« auf
deutschem Boden
1945–1948

im Hessischen Landtag
am 27. Januar 2012

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Impressum:

Herausgegeben von Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Hubert Müller, Susanne Baier
Fotos: Bettina Peters
Ausstellung: Fritz Bauer Institut
Herstellung: Druckerei Lokay e.K., Reinheim
ISBN: 978-3-923150-48-9

© 2012 Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1-3

Inhalt

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2012

Begrüßung

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags11

Grußwort

Jörg Uwe Hahn

*Staatsminister für Justiz, für Integration und Europa,
Stellvertretender Hessischer Ministerpräsident*15

Gedenkrede

Otto R. Romberg

Mitbegründer und Redakteur der Zeitschrift TRIBÜNE21

Einführung in die Ausstellung

*»Ein Leben aufs neu« – Das Robinson Album.
Jüdische »Displaced Persons« auf deutschem Boden
1945–1948, Ausstellung des Fritz Bauer Instituts*

Anne Gemeinhardt

Fritz Bauer Institut31

Die Tribüne seines Lebenswerkes – Otto Romberg kämpft mit Worten gegen Hass und Vorurteile

Von Igal Avidan37



Landtagspräsident Norbert Kartmann

Begrüßung

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags

Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident Hahn, verehrter Herr Moritz Neumann, Herr Daniel Neumann für die Jüdischen Gemeinden in Hessen, sehr geehrter Herr Bundesverfassungsrichter a. D. Dr. Jentsch, Vertreter der christlichen Kirchen, Herr Präses Dr. Oelschläger und Herr Dulige, Herr Dr. Pax, sehr geehrte Fraktionsvorsitzende Herr Schäfer-Gümbel und Frau Wissler, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Hessischen Landtags, der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Zunächst herzlichen Dank, Emil Mangelsdorff. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie heute wieder bei uns sind, und es ist schon eine besondere Sache für uns, Sie und Ihr Saxofon in dieser Feierstunde dabei zu haben. Herzlichen Dank.

Zu unserer Feierstunde zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus begrüße ich Sie sehr herzlich. Seit 1996 ist dieser Tag, an dem 1945 das Vernichtungslager Auschwitz von der sowjetischen Armee befreit wurde, auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ein staatlicher Gedenktag. Wir in Hessen begehen diesen Tag seit 2002 mit einer Feierstunde, zunächst in alleiniger Verantwortung des Hessischen Landtages. Seit 2007 tun wir dies gemeinsam mit der Kommunalen Familie Hessens. Meine Begrüßung erfolgt also auch im Namen der Kommunalen Spitzenverbände und des Landeswohlfahrtsverbandes als von der kommunalen Seite Beteiligte. Ich freue mich, in Vertretung dieser kommunalen Familienspitze zunächst den Präsidenten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Herrn Bürgermeister Paul Weimann, und für den Landeswohlfahrtsverband Herrn Landesdirektor Uwe Brückmann begrüßen zu können. Herzlich willkommen und vielen Dank auch Ihnen als Mitverantwortliche für diese Feierstunde, die ja im Wechsel draußen im Lande und hier im Landtag stattfindet. Ich glaube, es hat sich bewährt, weil es nicht nur eine isolierte Veranstaltung im Hessischen Landtag sein darf, sondern dass sie auch draußen im Lande stattfinden muss, weil es eine Angelegenheit ist, die nicht ausschließlich Politik betrifft, sondern die Bürgerinnen und Bürger, uns alle hier in Hessen.

Meine Damen und Herren, wir stehen, das wissen wir alle, in großer Verantwortung, den millionenfachen Mord an den Juden Europas, an Sinti und Roma, an Christen, an Behinderten, an politisch Andersdenkenden und vielen mehr nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen. Es bleibt zur Wahrnehmung dieser Verantwortung der Auftrag, aus diesen Verbrechen die not-

wendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen, und das Tag für Tag. Dieser Tag heute, einmal im Jahr öffentlich, soll auch dazu beitragen, aber ist sicherlich nur ein kleiner, wenn auch wichtiger Teil.

Und es ist hinzuzufügen: Heute – wann mehr als gerade in diesen Tagen? – werden wir mit aller Härte und unmissverständlicher Deutlichkeit auf diesen fortwährenden Auftrag geradezu gestoßen. In Anbetracht der gewalttätigen, mordenden Neonazi-Szene bedarf es nicht vieler Worte, diese Verantwortung wieder deutlich werden zu lassen. Die jetzt veröffentlichte Studie über Antisemitismus in Deutschland macht deutlich, dass wir es nicht nur mit einem temporären oder lokalen Problem zu tun haben. Nein, es ist tiefer gehend.

Natürlich ist es wichtig, dass wir unsere Scham bezüglich dessen, was geschehen ist und was geschieht, hörbar zum Ausdruck bringen, dass wir uns zu unserer historischen Verantwortung bekennen. Dies, das wird immer deutlicher, genügt aber nicht. Was wir konkret tun und was wir angesichts neuer Erkenntnisse tun müssen, sei es bezüglich des Ausbaus unserer Erinnerungskultur, sei es bezüglich der Frage, was wir in unserem Bildungswesen dazu tun können oder was wir als staatliche Organe und auch Parlamente und Regierungen tun können, das steht im Zentrum dieser Verantwortung, und dies nicht nur temporär.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass altersbedingt immer weniger Zeitzeugen noch persönlich von ihren Schicksalen berichten und mit ihren Berichten in unseren Köpfen Bewusstsein erzeugen können und so als ein wichtiger Teil dieser Erinnerungskultur wider das Vergessen wirken.

Es war eine Sendung im Hessischen Rundfunk, die mir einen Namen mitgeteilt hat, der mir sehr spontan besonders geeignet erschien, ihn heute als unseren Gast einzuladen, um zu uns zu sprechen. Ich begrüße in unserer Mitte Otto Romberg und seine Frau ganz herzlich. Seien Sie herzlich willkommen.

Dass ich mich sehr gefreut habe, dass Sie meiner Anfrage nach einer kurzen Überlegung gefolgt sind, will ich noch einmal ganz besonders betonen. Sie sind, sehr geehrter Herr Romberg, unmittelbar Betroffener dieser Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten, wenn auch nicht hier in Deutschland, aber in Ungarn, und Sie tragen seit Jahrzehnten dazu bei, die Erinnerung an die unmenschlichen Verbrechen des Holocaust wachzuhalten.

Lassen Sie mich kurz zitieren aus einem Aufsatz von Igal Avidan im Zusammenhang mit dem 50jährigen Jubiläum der Zeitschrift TRIBÜNE, das ja der Auslöser für den Bericht im Hessischen Rundfunk war. Ich zitiere:

„Die Folgen des Antisemitismus kennt Otto Romberg allzu gut. Fast seine gesamte Familie wurde in der Shoah ermordet. Seine Mutter und er über-

lebten nur dank des mutigen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der ihnen in Budapest Schutzpässe gab und sie im Oktober 1944, nachdem die ungarischen Faschisten diese Dokumente nicht mehr anerkannten, sogar persönlich aus dem Deportationszug herausholte.

Der junge Journalist, der beim anti-kommunistischen Aufstand 1956 vor den Panzern der Roten Armee nach Wien floh, siedelte 1959 nach Köln um als Korrespondent für österreichische Zeitungen. Er hoffte, dass eine neue Generation jetzt in Deutschland lebt und kein Antisemitismus mehr existiert’.

Doch während seiner ersten Heiligen Nacht wurde seine Hoffnung zerschlagen. Die Synagoge in Köln wurde mit Hakenkreuzen und der Inschrift: ‚Deutsche fordern: Juden raus‘ beschmiert. Diese Tat erschütterte damals Rombergs Vertrauen in die junge deutsche Demokratie so sehr, dass er wiederum auswandern wollte. Doch er beschloss, zu bleiben und zu kämpfen – mit der Macht des Wortes.

Zusammen mit seiner Frau Elisabeth und einigen Freunden gründete er im Dezember 1961 die Zeitschrift TRIBÜNE. Diese intellektuelle Publikation sollte durch Informationen Vorurteile gegen Juden abbauen, die deutsch-jüdische Verständigung und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel fördern.“ Soweit aus dem Aufsatz von Igal Avidan.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dies ist Ausweis genug, dass wir einen exzellenten Redner für den heutigen Tag ausgewählt haben. Ich freue mich also auf Ihre Ansprache.

Die Veranstaltung heute ist verbunden mit einer Eröffnung und kurzen Einführung in eine Ausstellung, die Sie ja schon draußen in unserer Ausstellungshalle sehen konnten. „Ein Leben aufs neu – Das Robinson-Album. Jüdische ‘Displaced Persons’ auf deutschem Boden 1945 bis 1948“. Wir werden dazu nachher eine Einführung von Frau Gemeinhardt vom Fritz Bauer Institut erhalten.

Ich darf Sie dazu jetzt schon herzlich einladen und freue mich, dass wir das in dieser Gemeinsamkeit heute hier tun konnten.

Ich bedanke mich auch herzlich bei Ihnen, Herr stellvertretender Ministerpräsident Hahn, dass Sie heute für die Landesregierung hier zu uns sprechen. Ich wünsche uns allen ein gutes Gehör, denn es muss in unsere Köpfe hinein. Ich wünsche uns allen eine gute Verbreitung dessen, was wir hören und was wir selbst wissen und denken. Insofern bedanke ich mich auch bei den Medien, die diese Veranstaltung heute begleiten. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat Herr stellvertretender Ministerpräsident Hahn. Bitte schön.



Stellvertretender Ministerpräsidenten Jörg Uwe Hahn

Grußwort

Jörg Uwe Hahn

*Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa
Stellvertretender Hessischer Ministerpräsident*

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Hessischen Landtag, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Verwaltungen des Landes Hessen, den Kommunalverwaltungen, des Landeswohlfahrtsverbandes, Kommunen, Behörden, Gerichte, sehr verehrte Frau Romberg, sehr geehrter Herr Romberg, sehr geehrter Herr Mangelsdorff, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Paul Watzlawick hat gesagt: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ Deshalb ist es nicht nur legitim, sondern zwingend erforderlich, sich an das Vergangene zu erinnern. Heute vor 67 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Auf der einen Seite sind 67 Jahre im Hinblick auf die Geschichte der Menschheit eine kurze Zeit. Auf der anderen Seite bedeuten 67 Jahre, dass selbst meine Generation diese Zeit nur aus Überlieferungen und Erzählungen kennt und selbst nicht erlebt hat. Um die Erinnerung von Zeitzeugen für uns und die künftigen Generationen lebendig zu halten, sind deshalb Gedenktage wie der heutige von zentraler Bedeutung. Sie sind damit Ehre und Pflicht zugleich.

Der nationalsozialistische Terrorstaat war ein Bruch in unserer Zivilisation und dies mitten im 20. Jahrhundert. Der Nationalsozialismus mit seinen Gräueltaten, mit seiner rassistischen Menschenverachtung und mit seinen millionenfachen Morden erscheint uns heute wie ein unvorstellbarer Alptraum. Aber dieser Alptraum hat hier in unserem Land, in unserer Stadt, in den Straßen und Häusern stattgefunden, und er wurde von Menschen, von unseren Vorfahren, gestaltet.

Gedenktage wie diese verhindern das Vergessen und die Verklärung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen.

Vielfach wird heute über die Opfer gesprochen, als ob sie nicht zu uns gehört hätten. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass sie unsere Nachbarn, Kollegen und Freunde waren. Es ist den Nationalsozialisten gelungen, unsere Mitbürger nahezu vollständig von uns in unserem gemeinsamen Land zu trennen, bevor die systematische Ermordung begann. Der Ausschluss aus der Gesellschaft und aus dem öffentlichen Leben, ihre Konzentration in eigenen Ghettos und Lagern waren die Voraussetzungen dafür, dass die Gesellschaft nicht die Solidarität und Unterstützung gab, die sie hätte geben sollen.

Ein Justizinspektor am Amtsgericht Laubach (Kreis Gießen), Friedrich Kellner, hat in seinen Tagebüchern aus den Jahren 1939-1945 Folgendes notiert:

„Der anständige Deutsche hat kaum mehr den Mut, überhaupt zu denken, geschweige denn etwas zu sprechen.“

Erst nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 konnten wir mit der Unterstützung der Alliierten beginnen, die Demokratie aufzubauen, in der wir heute leben und die uns als so selbstverständlich erscheint, dass wir sie manchmal kaum noch zu würdigen wissen. Unsere Geschichte lehrt uns und Gedenktage sollen uns in Erinnerung halten, dass Freiheit und Demokratie eben nichts Selbstverständliches und nichts Statisches sind, sondern dass unsere Gesellschaft auf aktive Demokraten angewiesen ist.

Wir müssen stets für Rechtsstaatlichkeit eintreten und die Demokratie ständig weiter entwickeln und damit den Mut beweisen, den Friedrich Kellner seinen Mitmenschen vor mehr als 67 Jahren absprach. Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit sind große Gefahren, denen wir begegnen müssen. Wir genießen die Vorteile von Demokratie und Freiheit und vergessen des Öfteren, uns aktiv um sie zu kümmern.

Liebe Festgäste, Menschenwürde, persönliche Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie sind die grundlegenden Werte unserer Verfassungsordnung. Als Justizminister dieses Bundeslandes bin ich stolz auf eine unabhängige, an diesen Werten orientierte Justiz.

Der rechtsstaatliche und demokratische Neuanfang nach 1945 und die Erinnerung an die dunkelsten Stunden in unserer Geschichte verpflichten uns auch heute und in Zukunft, das Wissen über den menschenverachtenden Charakter des NS-Regimes, seine Formen und Ursachen, aufrecht zu erhalten und weiterzugeben.

Der Präsident hatte es schon angesprochen: Wir haben in den letzten beiden Monaten des Jahres 2011 erfahren, dass es in Deutschland möglich war, rechtsextremistische Morde über viele Jahre hinweg zu verschleiern. Diese beispiellose neonazistische Mordserie hat uns entsetzt – wir gedenken der Opfer und fühlen mit den Angehörigen. Wie aktuell das Thema Rechtsextremismus ist, wird auch durch einen alarmierenden Weckruf deutlich, der vor wenigen Tagen in der Presse stand:

Ein zehnköpfiger Expertenkreis aus Wissenschaftlern und Praktikern aus der politischen Bildungsarbeit kommt nach zwei Jahren wissenschaftlicher Arbeit zu folgendem, für mich erschütternden, Ergebnis:

„Auch heute sind 20 Prozent der Bevölkerung „latent antisemitisch“ eingestellt.“

Wir können es nicht oft genug betonen:

Extremismus und Terrorismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Und deshalb nehmen wir auch die latenten Gefahren, die aus Rechts-extremismus resultieren, sehr ernst. Wir sind verpflichtet, mit aller Entschiedenheit diesen neonazistischen Ungeist zu bekämpfen. Und sei es durch Gedenktage wie diesen, sei es durch die intellektuelle Aufarbeitung und den Diskurs, sei es durch ganz praktische Maßnahmen, die die Sicherheitsbehörden in unserem Land in die Wege leiten müssen, ja, zum Beispiel mit der neuen Neonazi-Datei in die Wege geleitet haben.

Der jüdische Verfolgte Zwi Kanar fasste in seiner Biographie „Der Fisch hat mich nicht weggeschlungen“ wie folgt eindrucksvoll zusammen:

„Ich blieb verstummt sitzen, ließ den Kopf hängen und fühlte dabei, dass ich verloren hatte: Überlebt und verloren?“

Dieses Zitat stimmt nachdenklich, denn diese darin beschriebene Gefühlslage haben viele Opfer durchlebt. Ich möchte an dieser Stelle an die Opfer der Neonazimordserie der letzten zehn Jahre erinnern. Ich hatte die Gelegenheit – der Bundespräsident hat mich gebeten –, ein Gespräch mit einer jungen Türkin zu führen und ein bisschen mit ihr mehr als nur zu reden, deren Vater Opfer einer dieser neonazistischen Taten in Nürnberg geworden ist. Auch wenn diese Tat schon einige Jahre zurückliegt, glaube ich, dass diese junge Frau ihr Leben lang von ihr verfolgt werden wird. Das darf es in unserer Gesellschaft nicht mehr geben, und deshalb müssen wir als politisch Verantwortliche die Schlussfolgerungen für einen starken, wehrhaften Staat auch ziehen, und das gilt, wie gesagt, auch für die Ermittlungsbehörden. Lassen Sie mich darüber hinaus die Bitte aussprechen, dass wir, wenn wir unser Land dokumentieren, immer wieder darauf hinweisen, dass es eine besondere Verantwortung unseres Landes gegenüber den Nachkommen des Holocaust und auch gegenüber dem Land Israel gibt. Wir diskutieren ja immer wieder, und da spricht der Integrationsminister des Landes eine deutliche Sprache, über die Regeln, die in diesem Lande unabdingbare Grundlage des Zusammenlebens sind. Das ist natürlich unser Grundgesetz. Das ist natürlich Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes mit der so schönen und auch so ernsthaften Festschreibung „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der Verantwortung unseres Landes gehört aber auch eine besondere Solidarität mit dem Staat Israel. Ich bin sehr dankbar, dass wir hier im Parlament, ich darf sagen, natürlich auch die Landesregierung, dieser Verantwortung immer wieder gerecht werden. Der Ministerpräsident war gerade mit einer großen Delegation, es sind auch

einige hier im Raum anwesend, im Herbst des vergangenen Jahres in Israel. Ich werde heute zu dieser Stunde in einer Woche mit Kollegen der FDP-Fraktion in Yad Vashem sein, und der Rechtsausschuss des Hessischen Landtags, Herr Dr. Blechschmidt, wird im Herbst sehr bewusst nach Israel reisen.

Das Gedenken ist das Wichtige, damit wir, die wir nicht mehr dabei waren, uns daran erinnern müssen und damit dann auch erinnern dürfen, was geschehen ist. Wir müssen in der praktischen Arbeit das Gedenken weitergeben, und deshalb bin ich so dankbar, dass Herr Romberg heute die Bereitschaft erklärt hat, aus seinem Leben zu berichten mit den Folgen für ihn persönlich, aber auch mit den Folgen für unsere gesamte Gesellschaft.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Emil Mangelsdorff



Otto R. Romberg

Gedenkrede

Otto R. Romberg

Mitbegründer und Redakteur der Zeitschrift TRIBÜNE

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Minister, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde. Erlauben Sie mir, dass ich mich, um Wiederholungen zu vermeiden, der Begrüßung von Herrn Präsident Kartmann anschließe.

Sehr verehrter Herr Präsident, schon an meinen zurückhaltenden und zögerlichen, ja ängstlichen Antworten während unseres Telefonats haben Sie sicherlich gemerkt, dass ich Ihre mich ehrende Einladung, als Zeitzeuge zu diesem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Hessischen Landtag eine Rede zu halten, nicht anzunehmen traute. Sie baten deshalb Herrn Prof. Salomon Korn, den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main, mir Mut zu machen. Nun stehe ich hier und werde versuchen, Sie nicht zu enttäuschen. Dabei möchte ich anmerken, dass ich mit dem geschriebenen und nicht mit dem gesprochenen Wort fechte. Deshalb bitte ich jetzt schon um Nachsicht, wenn ich gelegentlich ins Stocken geraten sollte.

Sehr verehrte Damen und Herren, meine jüdische Identität verdanke ich, wie befremdlich das auch klingen mag, den Nationalsozialisten, denn meine Eltern waren keine religiösen Juden. Sie waren »Eintags-Juden«, das heißt, sie haben an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, gefastet. Später erfuhr ich von meiner Mutter, dass auch das Fasten keine religiöse Sitte, sondern vielmehr eine Familientradition war. Ich selbst habe auch keine jüdische Erziehung genossen. Nach der Volksschule ging ich auf ein christliches Gymnasium und Internat in Esztergom. Damit wollten mich meine Eltern vor dem in Ungarn damals stark verbreiteten Antisemitismus, vor der Ausgrenzung und dem Hass gegen Juden bewahren. Wie die dramatische Entwicklung später zeigte, leider ohne Erfolg.

Schon mein Großvater väterlicherseits, der einige Jahre vor meiner Geburt verstorben war, hatte auf eine religiöse Erziehung meines Vaters keinen Wert gelegt. Im Gegenteil. Mein Vater wurde im einzigen englischen Gymnasium und Internat in Ungarn eingeschult. Er war dort der einzige »Bürgerliche« unter Aristokraten – und natürlich der einzige Jude. Diese Assimilation wurde als Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung und Gleichberechtigung, ja Hoffnung auf Emanzipation gesehen. Auch dies hat sich als unrealistischer Traum erwiesen.

Schon bevor die Nazis Ungarn besetzten, warfen die Ereignisse im »Dritten Reich« ihre Schatten voraus: Aus Angst, dass sich der 9. November 1938, die Reichspogromnacht, bei uns wiederholen könnte, zogen wir Ende 1939 aus unserem Einfamilienhaus in eine Mietwohnung um. Zur Miete zu wohnen hielten meine Eltern für weniger gefährlich. Doch diese Gründe unseres Umzugs erfuhr ich erst sehr viel später.

1944, einige Tage nach der Besetzung Ungarns, ich weiß noch, wir hatten Lateinunterricht gehabt, kam unerwartet der Direktor der Schule und des Internats in unsere Klasse, flüsterte unserem Lehrer etwas zu und bat mich, ihm zu folgen. Draußen wartete zu meiner großen Überraschung mein Vater. Er machte einen besorgten Eindruck auf mich. Ich befürchtete schon, dass meiner Mutter etwas zugestoßen wäre. Meine Großmutter väterlicherseits hatten wir nämlich einige Wochen zuvor zu Grabe getragen und ich stand noch im Schatten dieses Verlustes. Mein Vater beruhigte mich und bat mich, mich vom Direktor zu verabschieden und meine Sachen zu packen, weil ich auf eine andere Schule in Budapest wechseln sollte. Kaum fuhren wir los, fing mein Vater an zu reden. Er fuhr langsam, konzentriert, ohne sich zu mir umzuwenden – ganz anders, als ich es von ihm gewohnt war. Erst jetzt beantwortete er mir die lange an meine Eltern vergeblich gestellten Fragen zu den Gründen unseres Umzugs.

Schon bald nach dem Einmarsch der Nazis am 19. März 1944 wurden die Nürnberger Gesetze in Ungarn umgesetzt, das Tragen des gelben Sterns, der Umzug in ein »Judenhaus« angeordnet. Zuerst galten diese Bestimmungen nicht für unsere Familie, weil mein Vater nach vierjähriger italienischer Gefangenschaft im Ersten Weltkrieg als hochdekoriertes Offizier - unter anderem erhielt er die goldene Tapferkeitsmedaille und Pour le Mérite - abgemustert hatte. 1941 war er wieder als Reserveoffizier eingezogen worden und hatte an der Eroberung der im Frieden von Trianon verlorenen ungarischen Gebiete teilgenommen.

Diese privilegierte Stellung unter den Nazis dauerte jedoch nicht lange. Ab dem 1. Juli 1944 mussten auch wir den Judenstern tragen und in ein »Judenhaus« umziehen. Zum Glück hatten wir in unserem Haus in Pest, wo sich auch unsere Apotheke befand, eine große Wohnung, die wir uns dann mit meinen Tanten und der Großmutter mütterlicherseits teilen mussten.

Zuvor, etwa Ende März, wollten meine Eltern und ich meinen Onkel besuchen, den älteren Bruder meiner Mutter. Er hatte etwa fünfzig Kilometer von Budapest entfernt nach seinem Ausscheiden aus dem Familienunternehmen Mitte der 1920er Jahre seine eigene Apotheke eröffnet. Meine Familie hatte

die Hoffnung, bei ihm Unterschlupf zu finden, denn in einer ungarischen Kleinstadt bildeten der Apotheker, der Arzt und der Richter die Crème de la Crème der Gesellschaft. Zudem war die Gattin meines Onkels keine Jüdin. Kurz vor der Apotheke hielt mein Vater das Auto plötzlich an. Vor dem Gebäude standen Militärfahrzeuge. Wir warteten einige Minuten, dann wurden wir Zeuge der grausamen Erschießung meines Onkels vor seiner eigenen Apotheke. Nachdem die SS abgefahren war, kehrten wir mit zerstörter Hoffnung nach Budapest zurück.

Der Besuch alter Kameraden meines Vaters aus dem Ersten Weltkrieg und der Kriegsgefangenschaft gehörte jetzt bei uns zur Tagesordnung. Sie sammelten Unterschriften für die Behörden mit dem Ziel, wegen der Tapferkeit meines Vaters als Offizier die Ausnahmeregelung für uns zu verlängern. In der Hoffnung auf den Erfolg dieser Eingaben kamen wir nicht sofort der Umzugsverfügung nach.

Andere Bekannte versuchten dagegen von unserer Not zu profitieren. Der Vater eines meiner Klassenkameraden, seit langem Pfeilkreuzler, also Mitglied der faschistischen Partei Ungarns, aus Überzeugung, bot an, unseren Ausnahmestatus gegen die Zahlung von 200.000 Pengö bei den zuständigen Behörden zu verlängern. Mein Vater antwortete auf das »großzügige« Angebot mit dem Rauschmiss dieses Ausbeuters. Es half jedoch alles nichts. Nach der Rückkehr von einem Militäreinsatz wurden meinem Vater mit den Worten: »Saujude, du gehörst in den Arbeitsdienst«, die Rangabzeichen von der Uniform gerissen. Meine Mutter und ich mussten den gelben Stern annähen und ins »Judenhaus« umziehen.

Dort wohnten zu dieser Zeit auch noch Nichtjuden.

Mit einem gleichaltrigen katholischen Jungen auf unserem Stockwerk, Zoli Madaras, habe ich, obwohl es ihm verboten war, mit Juden zu sprechen oder gar zu spielen, bald Freundschaft geschlossen. Sein Vater war Speisewagenoberkellner und hat uns oft auch mit Lebensmitteln versorgt, die für Juden zu kaufen unmöglich, ja verboten war. Nach einigen Wochen gesellte sich ein etwas älterer Junge aus dem vierten Stock zu uns, Tommy Adler. Er fühlte sich sicher, weil sein Vater Christ und nur seine Mutter Jüdin war. Als im Sommer die Deportationen zunahmen, sahen wir eines Tages mit Entsetzen, dass Frau Adler aus dem vierten Stock in die Tiefe sprang. Sie hinterließ einen kurzen Abschiedsbrief. Sie wollte mit ihrem Tod die Sicherheit ihres Sohnes und ihres Mannes gewährleisten.

Im Herbst verbreitete sich in Budapest die unglaubliche Mär von einem schwedischen Diplomaten, Raoul Wallenberg, der Pässe seines Landes an

Juden ausgab, um sie damit vor weiterer Verfolgung zu schützen. Ohne lange zu überlegen nahm meine Mutter mich an der Hand und wir machten uns auf den Weg zu diesem Schutzengel. Nach drei Tagen zwischen Hoffnung und Verzweiflung fanden wir ihn tatsächlich und erhielten aus seinen Händen den rettenden schwedischen Schutzpass.

Ende September, Anfang Oktober wurden die Deportationen noch einmal ausgeweitet. Die jüdischen Bewohner unseres Hauses mussten sich auf der Straße sammeln. Wir, meine Mutter und ich, sowie einige andere, die im Besitz eines Passes von Wallenberg waren, konnten in ein Haus umziehen, das unter schwedischem Schutz stand. Dort erhielten wir sogar Verpflegung. In einer luxuriösen Vierzimmerwohnung am Donauufer waren wir mit etwa 60 Personen zusammen eingepfercht.

Aber wir fühlten uns nicht lange sicher. Am 15. Oktober übernahmen die Pfeilkreuzler in Ungarn die Macht. Wir mussten im Eiltempo zu einer Ziegelfabrik, etwa 25 Kilometer von Budapest entfernt, marschieren. Drei Tage lang warteten wir in einer großen Fabrikhalle auf die Ankunft von Transportmitteln. Wir wurden dann wie Tiere in Viehwaggons getrieben. Das Wachpersonal sparte nicht mit erniedrigenden Beschimpfungen.

Nach einigen Stunden in den verschlossenen Waggons hörten wir eine große Auseinandersetzung auf der Rampe. Plötzlich wurden die Schiebetüren geöffnet. Draußen stand Raoul Wallenberg, in seiner Hand ein Schutzpass. Er forderte alle auf, die im Besitz eines solchen Dokuments waren, die Waggons zu verlassen. Wieder überkam uns das Gefühl der Ratlosigkeit, des Zweifels: War das die Rettung? Vielleicht? Wir mussten uns in Reihen aufstellen und in schnellem Marsch nach Budapest aufbrechen. Die Schwächeren, die nicht mithalten konnten, wurden von den uns bewachenden Gendarmen und Pfeilkreuzlern kurzerhand erschossen.

Wenn Sie den Dokumentationsfilm »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« von Lea Rosh und Eberhard Jäckel kennen, finden Sie darin Wochenschau-Ausschnitte von diesem Marsch. Auf einem sind zufälligerweise meine Mutter und ich kurz zu sehen.

Völlig erschöpft kamen wir in Budapest an. Bei der großen Synagoge tauchte plötzlich mein Vater in Zivil und in Begleitung von zwei Polizisten auf. Er schloss sich uns an, aber wir konnten uns nicht richtig über unsere wieder vereinigte Familie freuen, bevor wir im Budapester Ghetto ankamen. Dort in der Mitte eines großen Platzes, Klausal Tér, standen große Kisten. Da mussten wir unsere restlichen Wertsachen und Geld hineinlegen. Wer später mit Wertsachen erwischt wird, hieß es, würde sofort erschossen.

Jetzt mussten wir in ein Haus gehen, in dessen Treppenhaus eine Selektion nach Geschlecht und Alter stattfand. Männer über 45 Jahren mussten nach rechts, jüngere Männer konnten bei unserer Gruppe bleiben. Mein Vater war 46 Jahre alt. Meine Mutter und ich haben vergeblich versucht, ihn zu überreden, bei uns zu bleiben. Mein Vater fürchtete jedoch, wenn die Täuschung bemerkt werden sollte, würden auch wir sofort umgebracht. Uns ist erst Jahre später zur Gewissheit geworden, dass wir meinen Vater damals zum letzten Mal gesehen haben.

Meiner Mutter und mir wurde im Ghetto eine Wohnung zugewiesen. Bitte ersparen Sie mir, Ihnen Einzelheiten über die dortigen Zustände zu erzählen. Bis zur Befreiung durch die russische Armee hatten wir tagsüber ständig Angst vor den Pfeilkreuzlern, die von Haus zu Haus gingen, Menschen auf die Straße trieben und jeden zehnten wie ein Kaninchen abknallten.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss Ihnen gestehen, dass es mir nicht leicht fiel, diese Tage, Wochen und Monate wieder ins Gedächtnis zu rufen, die ich bis heute – wenn auch nicht immer mit Erfolg – verdrängt habe. Unsere Angst vor den Pfeilkreuzlern wurde von der Angst vor den Bombenangriffen und dem sich ständig nähernden Beschuss der Roten Armee begleitet. Sie war aber zugleich mit der Hoffnung auf eine baldige Befreiung verbunden.

Das Ghetto war im eigentlichen jüdischen Viertel Budapests eingerichtet worden. Dort wohnten die religiösen und orthodoxen Juden. Das Viertel grenzte an die berühmte große Synagoge von Budapest. Dass sich die ständigen Bewohner des jüdischen Viertels trotz aller Solidarität über die Einweisung von wildfremden Menschen in ihre Wohnungen nicht gefreut haben, ist selbstverständlich. Immerhin hatten sie den Vorteil, ihre Wertsachen und Lebensmittel rechtzeitig verstecken zu können. Das war für die zwangsweise dort Einquartierten, zu denen wir zählten, nicht möglich.

Unser weiterer ständiger Begleiter war der Hunger. Zum Abschied von Zoli, meinem Freund und Nachbarn im Judenhaus, hatte ich seinen Taufschein als Geschenk erhalten. Es war zwar riskant, aber ich musste versuchen, mit dieser geborgten Identität außerhalb des Ghettos Geld und Lebensmittel aufzutreiben – obwohl meine Mutter lieber weiter hungern wollte, als mich dieser Gefahr auszusetzen.

Um ehrlich zu sein, mir war mehr als mulmig, als ich diesen Ausweis dem Wachpersonal am Ausgang des Ghettos zeigte – den etwa gleichaltrigen Jungs in Pfeilkreuzler-Montur und mit Maschinenpistolen bewaffnet. Aber abgesehen von einigen Beleidigungen, wie »Du Judenknecht«, gelang mein

Ausflug in eine andere Welt. Freunde, die ich besuchte, wollten mich sofort dabehalten und verstecken. Sie haben mich nur sehr zögerlich, aber jetzt ausgestattet mit Geld und für einige Tage reichende Lebensmittel, wieder ins Ghetto zurückkehren lassen.

Selbstverständlich teilten meine Mutter und ich unsere Beute mit unseren Zimmergenossen. Von Erfolg meiner ersten Aktion außerhalb des Ghettos ermutigt, ging ich öfter auf Tour, Lebensmittel und Geld zu organisieren. Dabei benutzte ich immer einen anderen Kontrollpunkt des Ghettos, um hinaus- und hineinzugelangen. Dann aber wurde das Ghetto hermetisch abgeriegelt, so dass Schluss mit meinen Ausflügen war. Nur christlichen Ärzten war der Zugang noch gestattet. Als unser Freund und ehemaliger Nachbar das erfuhr, er war Arzt, besuchte er uns. Seine Arzttasche, unter dem Stethoskop und den Medikamenten, war mit Lebensmitteln vollgepackt. Aber ab etwa Mitte November standen wir völlig ohne Hilfe von außen da, weil auch solche Besuche untersagt wurden.

Jetzt konnten wir wöchentlich dreimal in einer Milchkanne eine undefinierbare Suppe aus der Küche der Synagoge holen. Ich hatte zusammen mit dem etwa 50-jährigen Joseph Dauerdienst für alle Bewohner unseres Hauses. Anfang Januar, auf dem Rückweg zu unserem Haus, besser gesagt zu unserem Luftschutzkeller, wo wir uns praktisch ständig aufhalten mussten, schlug die Kanne gegen mein Bein. Joseph fiel hin, er war tot. Ein Schrapnell vom Artillerie-Beschuss hatte ihn in den Kopf getroffen.

Um nicht beim Warten auf die Befreiung verrückt zu werden, haben wir mit Geisterbeschwörungen die Ankunft der Roten Armee immer für den nächsten Tag vorhergesagt. Plötzlich war sie tatsächlich da. Ich muss fürchterlich ausgesehen haben, denn der erste russische Soldat, den ich auf einer menschenleeren Straße getroffen habe, holte ohne ein Wort zu sagen einen Laib Brot aus seinem Tornister und gab ihn mir. Dabei zeigte er auf sich und sagte: »Iwan« und zeigte dann fragend auf mich. Ich sagte mit Tränen in den Augen: »Otto«. Die Rote Armee hat unser Leben gerettet, um uns dann den stalinistischen Terror erleben zu lassen.

Nach der Befreiung von Pest durch die Rote Armee kehrten wir zuerst ins »Judenhaus« zurück. Dort traf ich auch meinen Freund Zoli wieder und ich konnte ihm seinen Taufschein, der uns eine Zeitlang so sehr geholfen hatte, zurückgeben. In Buda wurde zu dieser Zeit noch gekämpft. In der dortigen Burg hatte sich die SS eingegipelt und verkündet, bis zum letzten Mann kämpfen zu wollen. Auch nach Ende der Kämpfe dort und der Befreiung von Buda mussten wir auf die Rückkehr in unsere alte Mietwohnung

warten, denn dort war noch eine Nazi-Familie einquartiert. Nach deren Auszug konnten wir endlich heimkehren – auch wenn wir die Wohnung und unsere Einrichtung in sehr schlechtem Zustand vorfanden. Aber nach diesen leidvollen Monaten waren wir endlich wieder in unserem Heim – leider ohne meinen Vater.

Obwohl ich mehrfach in Yad Vashem und beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen Suchanträge gestellt habe, konnten wir lange Jahre nicht erfahren, was aus meinem Vater geworden war. Erst 2009 erhielten wir Gewissheit: Er wurde bereits 1944 in Bergen-Belsen ermordet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

das ist in knappen Zügen die Geschichte meiner geraubten Kindheit, die mich für mein künftiges Leben stark geprägt hat. Nur in Stichworten möchte ich Ihnen die Situation meiner Familie nach der Shoah skizzieren:

Den Lebensunterhalt für mich und meine Mutter, aber auch mein Abitur musste ich mit der nachmittäglichen Arbeit in einer Waffenfabrik finanzieren, die irreführenderweise »Lampenfabrik« hieß. Zum Militärdienst wurde ich eingezogen und verbrachte mehr als drei Jahre davon als politischer Häftling im strengsten Gefängnis in Budapest, zum Tode verurteilt, weil ich einen Unteroffizier tötlich angegriffen habe, der mich als »Sajude« beschimpft hatte. So etwas, hatte ich mir nach der Shoah geschworen, würde ich mir nie mehr gefallen lassen.

Am 24. Oktober 1956 kam ich dank der ungarischen Revolution frei und beteiligte mich am Aufbau einer demokratischen Regierung. Ich wurde sofort zum stellvertretenden Kommandanten von Buda ernannt. Vom 4. bis 22. November kämpften wir gegen die Rote Armee, die nach der Revolution zunächst Budapest fluchtartig verlassen hatte. Als die in Voice of America und BBC stündlich angekündigte Unterstützung der Revolution durch alliierte Truppen ausblieb, flüchtete ich am 22. November nach Wien, wie viele andere in dieser Zeit. Dort arbeitete ich als Polizei- und dann als Lokalreporter. Erst 1957 konnte ich meiner Mutter einen Auswanderungspass besorgen und sie nachholen.

Am 1. Juli 1959 kam ich als Korrespondent nach Deutschland. Die vorurteilsfreie Einstellung vieler Jugendlicher faszinierte mich und daher wollte ich hier bleiben. Die Hakenkreuzschmierereien zur Jahreswende 1959/60, sichtbares Zeichen für den noch immer vorhandenen Antisemitismus, stellten diese Entscheidung in Frage. Aber ich bin doch geblieben und versuche seitdem, mit der Kraft des Wortes Vorurteile abzubauen.

Heute ist in Deutschland eine Diskrepanz zwischen offizieller Politik und gesellschaftlicher Einstellung festzustellen. Obwohl kein anderes Land dieser Welt mit so viel Akribie versucht hat, seine jüngste Geschichte aufzuarbeiten, ist nach der jüngsten, vom Bundestag in Auftrag gegebenen Studie Antisemitismus kein Randphänomen. 20 Prozent, das heißt jeder Fünfte in Deutschland ist judenfeindlich eingestellt. Hass und Ausgrenzung auch gegen zahlreiche andere Minderheiten sind weit verbreitet. Vielleicht muss man dazu sagen: »Kein Wunder«, wenn man bedenkt, dass zum Beispiel das Bundeskriminalamt die zum Teil tiefbraune Vergangenheit seiner eigenen Beamten – bis hin in die höchsten Führungsetagen – erst jetzt unter die Lupe genommen hat, da die Betroffenen ihr Pensionsalter erreicht haben. Sie konnten ihre alte Ideologie deshalb noch jahrelang ungestört im Amt verbreiten. Es muss für uns alle ein alarmierendes Zeichen sein, dass ein rechtsradikales Mördertrio seine Verbrechen über ein ganzes Jahrzehnt hinweg ungestört verüben konnte.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Ausstellung

**»Ein Leben aufs neu« – Das Robinson Album.
Jüdische »Displaced Persons« auf deutschen Boden 1945–1948**



Einführung in die Ausstellung

Anne Gemeinhardt

Fritz Bauer Institut

Die Fotoausstellung „Ein Leben aufs Neu“ führt in ein noch immer eher wenigen bekanntes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Tatsache, dass ausgerechnet Deutschland in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und nach den Schrecken der Schoa für ein kurzes Zeitfenster der Geschichte zu einem Zentrum jüdischen Lebens in Europa werden sollte, ist einer breiteren Öffentlichkeit kaum bewusst.

Etwa eine Viertel Million Juden meist osteuropäischer Herkunft, die den Naziterror überlebt hatten, hielten sich zu dieser Zeit in Deutschland auf. Sie bezeichneten sich selbst als „Scheerit Hapletah“ (Rest der Geretteten).

Viele von ihnen hatten, von den Nationalsozialisten aus ihrer Heimat verschleppt, die Grauen der Konzentrationslager überlebt. Abgemagert, erschöpft, traumatisiert und in dem Wissen, dass es meist keine Verwandte, keine Freunde, kein Zuhause mehr gab, wohin sie hätten zurückkehren können, verharrten sie zunächst an den Orten ihrer Befreiung. „Wir leben nicht, wir sind noch tot.“ sagte Zalman Grinberg, später der erste Vorsitzende des Zentralkomitees der befreiten Juden, Ende Mai 1945.

Hinzu kam ein Flüchtlingsstrom von etwa 150.000 Juden aus Osteuropa. Antijüdische Ausschreitungen, die in Polen mit dem Pogrom in Kielce 1946 ihren Höhepunkt erreicht hatten, und die stalinistischen Säuberungsaktionen ließen schon kurz nach Kriegsende jüdische Überlebende in den Westen fliehen – die Hoffnung auf Auswanderung drängte sie in das besetzte Deutschland.

Die alliierten Militärbehörden waren vor eine enorme Aufgabe gestellt, wie mit den jüdischen Überlebenden und Flüchtlingen umzugehen sei: eine Rückkehr in die frühere Heimat kam nicht in Frage, Deutschland – das Land der Täter, blutgetränkte Erde – wollte verständlicherweise jeder so schnell wie möglich wieder verlassen, Auswanderungsmöglichkeiten nach Übersee, wie in die USA, nach Kanada oder Australien waren stark eingeschränkt und Palästina unterlag bis zur Gründung Israels der restriktiven englischen Einwanderungspolitik.

Für diese im wahrsten Sinne des Wortes entwurzelten Menschen, von den Militärbehörden verwaltungstechnisch zu der großen Gruppe der „Displaced Persons“ gezählt, wurden eilig spezielle Lager eingerichtet. Sie entstanden

überall dort, wo entsprechende Gebäude zur Verfügung standen, in Kasernen, Krankenhäusern, Sanatorien, Wohnsiedlungen, Hotels, Ställen, ehemaligen Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlagern, aber auch auf dem Gelände ehemaliger Arbeits- und Konzentrationslager. Die meisten dieser sogenannten „DP Camps“ entstanden in der amerikanischen Zone, wenige in der englischen und französischen, überhaupt keine in der sowjetischen Zone, wo man eine Politik der Zwangsrepatriierung verfolgte. Der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen direkt unterstellt waren diese Lager quasi exterritoriales Gebiet.

In diesen dauerhaften Provisorien, den „ständigen Durchgangsstationen“ oder „Wartesälen der Unglücklichen“, um nur einige Bezeichnungen für diese Lager zu nennen, richtete die jüdische Selbstverwaltung mithilfe von internationalen, vor allem jüdischen Hilfsorganisationen politische, kulturelle und religiöse Institutionen ein sowie Schulen, Kindergärten und Berufsausbildende Einrichtungen. Aus den Auffanglagern wurden Kleinstädte ähnlich der osteuropäischen „Schtetl“ mit einem regen Kulturleben und einer bemerkenswerten Zeitungslandschaft. Die gemeinsame Sprache war Jiddisch und die Kontakte zur deutschen Außenwelt so minimal wie möglich.

Zwischen 1945 und 1948 lebten im Frankfurter Ortsteil Zeilsheim durchschnittlich etwa 3000 jüdische Displaced Persons. Im August 1945 hatte das Team der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration, die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen) dort 185 ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald in den Backsteinbauten des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers der Hoechster IG-Farbenwerke untergebracht. Nur wenige Monate später wurden zusätzlich über 200 Häuser einer angrenzenden Arbeitersiedlung geräumt.

Im DP-Lager Zeilsheim gab es mit dem Lagerkomitee aus gewählten Vertretern eine jüdische Interessenvertretung und eine eigene Lager-Polizei. Der Kindergarten, verschiedene allgemeinbildende und berufliche Fachschulen verfolgten vor allem das Ziel, auf die bevorstehende Auswanderung vorzubereiten. Synagoge und Talmudschule ermöglichten eine Renaissance der Traditionen des osteuropäischen Judentums auf deutschem Boden. Diverse Sportvereine, eine Bibliothek, ein Theater sowie ein Jazzorchester dienten der Zerstreuung, führten aber auch zu einem regen kulturellen Austausch mit anderen DP-Lagern in der amerikanischen Zone. Schon ab Dezember 1945 gab es außerdem eine jiddischsprachige Zeitung. Sie trug den programmatischen Namen „Unterwegs“ und wurde später zum Mitteilungsblatt für alle in Hessen lebenden Juden erweitert. Einer ihrer Chefredakteure war der bekannte Autor und Historiker Arno Lustiger.

Dem Fotografen Ephraim Robinson verdanken wir einen Blick in die Alltagswelt im DP Camp Zeilsheim.

Robinson, 1915 in Warschau geboren und in den Jahren vor Kriegsbeginn als Agronom in der Milchindustrie in Frankreich tätig, hatte sich während der Kriegsjahre in der Sowjetunion aufgehalten. Von 1945 bis zu seiner Auswanderung in die USA mit seiner Frau und seinen drei Kindern lebte er selbst im DP-Lager in Zeilsheim. Als freiberuflicher Fotograf verdiente er sich dort seinen Lebensunterhalt und wurde zu einem Chronisten der dortigen Alltagsroutine ebenso wie von besonderen Ereignissen und Feiertagen.

Bald nachdem er 1948 in den USA angekommen war, sortierte er seine zahllosen Fotografien. Das Ergebnis dieses Unterfangens war jenes Album, dessen Seiten in der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ zu sehen sind. Kurz vor seinem Tod im Jahre 1985 übergab Robinson dieses an seine Tochter Alice, der ab diesem Tag bereits klar war, dass sie damit etwas unternehmen müsste – die Geschichte um das Album verdankt ihren weiteren Verlauf dem reinen Zufall. Im Flugzeug von Tel Aviv nach Kanada lernte Alice Robinson-Lev eine Wissenschaftlerin des United States Holocaust Memorial Museums in Washington kennen, das sich damals gerade im Aufbau befand. Sie entschied kurze Zeit später, das Album ihres Vaters dem Museum zu überlassen und damit der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So stieß auch Jacqueline Giere, eine der Mitbegründerinnen des Fritz Bauer Instituts, die in den frühen Neunzigern am Thema „Erziehung und Kultur in den jüdischen Displaced Persons-Lagern der amerikanischen Besatzungszone“ arbeitete, auf diesen Schatz. Die Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ wurde schließlich von ihr kuratiert.

Obwohl es in Zeilsheim, wie in den anderen DP-Lagern, viele Missstände gab, zeigt Robinson hauptsächlich die positiven Seiten – Menschen, die bemüht sind, sich nach dem 2. Weltkrieg ein neues Leben aufzubauen, ein Leben aufs neu.

Robinsons Bilder strahlen eine ungeheure Hoffnung und Lebenskraft aus. Sie zeigen Menschen bei der Ausübung von handwerklichen Tätigkeiten, beim Sport und bei kulturellen Veranstaltungen. Besonders kommt dies aber in den vielen Bildern der Kinder im Lager zum Tragen. In Zeilsheim gab es zahlreiche Eheschließungen und allein im ersten Halbjahr 1946 achtzig Geburten, im Sommer 1946 waren 150 Frauen schwanger. Es scheint, als hätten viele Paare mit der Zeugung neuen Lebens ein Zeichen setzen und der Welt beweisen wollen, dass Hitler sein Ziel nicht erreicht hatte. Robinson fotografierte die Säuglingsstation im Lagerkrankenhaus, den Kindergarten, verschiedene Kinderfeste und Schulklassen – von ihm mit dem Hinweis ver-

sehen „Angesichts der Tatsache, dass die Nazis die Intellektuellen dezimiert hatten, gab man sich größte Mühe, die Jüngsten zu retten.“

Aber auch den politischen Ereignissen im Camp gab Robinson ein Gesicht. Für die Mehrheit der Bewohner war eine Zukunft nur in einem eigenen jüdischen Staat vorstellbar, der überwältigenden Mehrheit erschien das Programm der Zionisten folglich am sinnvollsten und zukunftssträchigsten. Das politische Leben im Lager bestimmten mehrere zionistische Parteien. David Ben Gurion, der die Chance erkannte, mit Hilfe der jüdischen Überlebenden das Projekt der Gründung eines jüdischen Staates voranzutreiben, bereiste bereits im Oktober 1945 die DP-Lager in Deutschland, um für eine verstärkte Einwanderung nach Palästina zu werben. Zweimal besuchte er Zeilsheim und weckte Hoffnungen auf einen baldigen jüdischen Staat. Im internationalen Bewusstsein wurde nun zum ersten Mal eine Verbindung der Situation der jüdischen Überlebenden mit dem jüdischen Siedlungsgebiet in Palästina hergestellt – eine Erkenntnis, die letztlich den Weg zur Schaffung des Staates Israel politisch ebnete. Robinson dokumentierte die zahllosen Demonstrationen wie die Besuche von prominenten Vertretern aus der Politik mit dem Kommentar „Als Zugabe zu unserer üblichen Kalorienzuteilung bekamen wir zusätzliche Portionen an guten Ansprachen durch israelische Vertreter, die Europa bereisten.“

Nach der Gründung des Staates Israel und mit den gelockerten Einreisebestimmungen in die USA wurden fast alle DP Camps aufgelöst, der größte Teil der Displaced Persons hatte Deutschland verlassen. Im November 1948 wurde das Lager Zeilsheim von den Amerikanern geschlossen. Die alten Wohnungsinhaber in Zeilsheim erhielten ihre Wohnungen und Häuser zurück, die über 2000 noch im Lager verbliebenen Bewohner wurden auf andere Lager verteilt. Nur rund 200 von ihnen erhielten eine Zuzugsgenehmigung für Frankfurt. Viele von ihnen beteiligten sich am Wiederaufbau der Frankfurter jüdischen Gemeinde. Ein besonderes Kapitel jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland ging zu Ende – von Ephraim Robinson in all seinen denkbaren Facetten festgehalten.

Literatur:

Michael Brenner: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950. München 1995

Jacqueline Giere / Rachel Salamander: Ein Leben aufs neu. Das Robinson-Album. DP-Lager auf deutschem Boden 1945-1948. Wien 1995

Helga Krohn: »Es war richtig, wieder anzufangen«. Juden in Frankfurt am Main seit 1945. Frankfurt am Main 2011

Jim G. Tobias: Zeilsheim. Eine jüdische Stadt in Frankfurt. Nürnberg 2011



Die Tribüne seines Lebenswerkes – Otto Rombergs kämpft mit Worten gegen Hass und Vorurteile

Igal Avidan

Jubiläum - Otto Rombergs publizistischer Kampf für die deutsch-jüdische Verständigung: Artikel über Rechtsextremismus, über die Aufarbeitung des Holocausts - und über jüdisches Leben in Deutschland: Seit 50 Jahren wirbt die „Tribüne“ für ein besseres Verständnis des Judentums.

Die Folgen des Antisemitismus kennt Otto Romberg allzu gut. Fast seine gesamte Familie wurde in der Shoah ermordet. Seine Mutter und er überlebten nur dank des mutigen schwedischen Diplomaten Raul Wallenberg, der ihnen in Budapest Schutzpässe gab und sie im Oktober 1944, nachdem die ungarischen Faschisten diese Dokumente nicht mehr akzeptierten, sogar persönlich aus dem Deportationszug herausholte.

Der junge Journalist, der beim anti-kommunistischen Aufstand 1956 vor den Panzern der Roten Armee nach Wien floh, siedelte 1959 nach Köln als Korrespondent für österreichische Zeitungen um. Er hoffte, „dass eine neue Generation jetzt in Deutschland lebt und kein Antisemitismus mehr existiert“.

Doch während seiner ersten Heiligen Nacht wurde seine Hoffnung zerschlagen. Die Synagoge in Köln wurde mit Hakenkreuzen und der Inschrift: „Deutsche fordern: Juden raus“ beschmiert. Diese Tat erschütterte damals Rombergs Vertrauen in die junge deutsche Demokratie so sehr, dass er wieder auswandern wollte. Doch er beschloss zu bleiben und zu kämpfen – mit der Macht des Wortes.

Zusammen mit seiner Frau Elisabeth und einigen Freunden gründete er im Dezember 1961 die Zeitschrift „Tribüne“. Diese intellektuelle Publikation sollte durch Informationen Vorurteile gegen Juden abbauen, die deutsch-jüdische Verständigung und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel fördern.

Nach nur sechs Monaten standen die Idealisten vor der Pleite. Ein befreundeter Bankier vermittelte Romberg die ersten Anzeigekunden. Diese Werbeeinnahmen garantieren bis heute die publizistische Unabhängigkeit des Magazins, von der die 7.000 Abonnenten profitieren können. Für die Finanzierung ist Rombergs Frau Elisabeth zuständig, die auch die Auswahl der Texte mitbestimmt und sie alle redigiert. Im Quartalsmagazin mit dem soliden Layout, das auf Fotos ganz verzichtet, kann man über jüdische

Geschichte und Kultur heute lesen - in Israel, den USA und Österreich. Vor allem Professoren und Experten schreiben hier über die deutsche Aufarbeitung der NS-Geschichte, über Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Stets der „Blick nach rechts“

Romberg ist stolz auf die feste Kolumne „Blick nach rechts“, die Einblicke in den rechtsextremen Aktivitäten und Publikationen bietet, die man in den meisten Medien vergeblich sucht. So liest man im jüngsten Heft über das letzte Pressefest des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“, das in einem sächsischen Dorf stattfand. Im „Kulturprogramm“ trat die rechtsextremistische Band „Rote Charlotte“ auf, die sich nach Charlotte Knobloch benennt, der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinden in München und Oberbayern.

Die NPD-nahe Münchner „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ kommentierte das Massaker des norwegischen Rechtsterroristen Anders Behring Breivik mit den Worten: „Jetzt erst recht – konsequent für Inländerinteressen“. Man liest in der „Tribüne“ zum Beispiel über den Konflikt um die Gedenkstätte Alte Synagoge in Essen, deren Islam-kritische Vortragsreihe im Essener Rathaus unbeliebt ist.

Von Merkel und Friedrich bis Roth und Huber

Otto Romberg, der im Dezember 79 Jahre alt wird, hat gute Gründe, stolz zu sein, wenn er auf die Bücherwand mit den Jahrgangsausgaben der „Tribüne“ schaut. In all den Jahren gelang es ihm, die wichtigsten Politiker in Deutschland zu interviewen. Auf eine Autorisierung des Gesprächs mit Altkanzler Helmut Kohl, der 2010 Romberg und Salomon Korn, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main eingeladen hatte, um seine umstrittene Äußerung über „die Gnade der späten Geburt“ zu erklären, wartet Romberg bis heute noch. „Kurz nach dem Interview holte Kohls Chauffeur meine beiden Kassetten“, sagt Romberg. „Ich habe sie niemals zurückbekommen“.

Das war eine Ausnahme. Im Jubiläumsheft erscheinen Rombergs Interviews mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der Grünen-Bundesvorsitzenden Claudia Roth und IG-Metalchef Berthold Huber. Auch das Jubiläumsfest feiert die „Tribüne“ sachlich und intellektuell mit einem Fachsymposium in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt. Nach 50 Jahren sind zwar die Hakenkreuze in Deutschland nicht verschwunden, aber im Kampf gegen den Antisemitismus konnte Otto Romberg viele wichtige Mitstreiter gewinnen - dank der „Tribüne“.

Editorial aus Juden in Deutschland nach 1945

Die hier veröffentlichten Beiträge erschienen zuerst 1998 und 1999 in „TRIBÜNE – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ anlässlich des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Zu Beginn des NS-Terrors hatte mehr als eine halbe Million Juden in Deutschland gelebt. Nach der Befreiung im Mai 1945 waren es noch etwa 12 000.

Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Juden wurde in Umfragen stets viel zu hoch geschätzt. Statt der konstanten Zahl von 30 000 lagen die Angaben zumeist zwischen Hunderttausenden und Millionen. Auch die deutsche Einheit änderte nichts an der Zahl der Juden in Deutschland, denn in den wenigen jüdischen Gemeinden in der DDR hatte es nur knapp 350 Mitglieder gegeben. Erst die 1990 einsetzende Zuwanderung von Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion belebte und veränderte die überalterte jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Heute leben hier etwa 75 000 Juden.

Lange Zeit bezeichneten sich Juden, die in Deutschland lebten, nicht als „deutsche Juden“, sondern beharrten darauf, unverändert auf den berühmten „gepackten Koffern“ zu sitzen. Das gewachsene Vertrauen in die deutsche Demokratie, ihre Verbundenheit mit den Städten, in denen sie leben, sowie das beispielhafte Bekenntnis von Ignatz Bubis, er sei „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, machten Deutschland für viele zu einer neuen Heimat. Nicht selten wird aber leider dieses neu gewachsene Gefühl durch antisemitische Hetze und die unüberlegte, grundsätzlich ausgrenzende Bezeichnung von Juden als „jüdische Mitbürger“ ins Wanken gebracht. Deshalb reagierte Bubis in einem seiner letzten Gespräche mit TRIBÜNE auf den Zustand zwischen Akzeptanz und Diskriminierung mit den Worten „Erschütterungen sind zu überstehen“.

Jüdisches Leben in Deutschland wird hierzulande und im Ausland, besser gesagt: weltweit vor allem zu Gedenktagen, nach rechtsradikalen Ausschreitungen oder antisemitischen Vorfällen registriert. Obwohl es vielfältige Bemühungen gibt, sich in Politik und Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen, blieben und bleiben die jüdische Geschichte, die Entwicklung der Gemeinden sowie die facettenreiche kulturelle und vielschichtige soziale Situation der Nachkriegsjahre, aber auch der Gegenwart ein Buch mit sieben Siegeln. Die Situation der Juden im einstigen „Land der Täter“ ist jedoch auch ein Stück Geschichte der vor 50 Jahren gegründeten Bundesrepublik.

Mit kompetenten Beiträgen namhafter Autorinnen und Autoren versuchen wir in diesem Sammelband, das jüdische Leben nach dem Holocaust auf-

zufächern, das mittlerweile Bestandteil der demokratischen Gesellschaft geworden ist. Es geht um jüdische Überlebende und ihren Wunden, von Identitätsproblemen und Antisemitismus, aber auch um die jüdische Jugend, um Religion und jüdisches soziales Engagement, um osteuropäische Einwanderer - und schließlich werden einige exemplarische Gemeinden in Ost- und Westdeutschland porträtiert.

Wir möchten Nichtjuden in Deutschland wie auch in anderen Ländern helfen, einen Blick auf jüdische Befindlichkeiten und die Hoffnungen der Juden in Deutschland 55 Jahre nach Ende des Holocaust an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, zu werfen.

Vorwort aus Juden in Deutschland nach 1945

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen – um nur diese wenigen Orte zu nennen – reichten 1993 nach rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Ausschreitungen, antisemitischen Schmierereien und Friedhofsschändungen, um in den Medien Schlagzeilen zu machen. Diese schockierende Entwicklung alarmierte viele Staaten, aber in erster Linie die deutsche Öffentlichkeit. Solche und ähnliche Straftaten waren seit Gründung der Bundesrepublik bereits des öfteren auf der Tagesordnung gewesen. Doch der Hass und die brutale Gewalt waren bis dahin weder in dieser Dimension sichtbar noch in einem solch erschreckenden Ausmaß wahrgenommen worden. Dieser Hass konnte aber zugleich Solidarität mit den bedrängten, ausgegrenzten und angegriffenen Minderheiten wecken.

Diese düstere Bilanz war 1994 Anlass für Wissenschaftler, Publizisten und Journalisten, den Verein „Wider das Vergessen“ zu gründen. Nach vielen Gesprächen und Beratungen mit Experten hatte die Satzung schon bald Gestalt angenommen und „Wider das Vergessen“ wurde ins Vereinsregister eingetragen. Das wichtigste Ziel des Vereins ist, Ausländerhass und Antisemitismus durch die Vermittlung eines den Tatsachen entsprechenden Geschichtsbildes zu bekämpfen. An die Stelle von Vorurteilen gegen Minderheiten und die Verdrängung oder gar Leugnung der Schoah sollen differenzierte Menschenbilder treten. Die Öffentlichkeit soll sich der deutschen Geschichte in all ihren Facetten bewusst werden und sich ihr stellen. Dabei dürfen die Jüngeren nicht mit Schuld oder Scham belastet werden. Über die angemessene Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Staates und die vielfältigen „Verstrickungen“ von Behörden, Unternehmen und des so genannten „ganz normalen“ Deutschen könnten gerade Jugendliche sensibilisiert und letztlich motiviert werden, Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen - und damit Zivilcourage und Toleranz festigen und schärfen.

Eine im Auftrag von „Wider das Vergessen“ und „TRIBÜNE“ erstellte Studie des Kölner Instituts für Massenkommunikation unter der Leitung von Prof. Alphons Silbermann, deren Ergebnisse im November 1998 der Öffentlichkeit präsentiert wurden, hat gezeigt, dass eine breite Bildungs- und Aufklärungsoffensive dringend notwendig ist, um gerade Jugendlichen die Bedeutung von Auschwitz für die Gegenwart verständlich zu machen.

Auschwitz ist zum Symbol für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden geworden. Doch auch Polen, Sinti und Roma, Widerstandskämpfer aus ganz Europa und russische Kriegsgefangene wurden dort gequält und umgebracht. Aufgabe des Vereins „Wider das Vergessen“ ist es daher auch, sich dafür zu verwenden, dass notwendige konservatorische Arbeiten am ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erfolgen können – damit niemals vergessen wird, wohin Ausgrenzung und Hass führen können, wenn jegliche demokratischen und humanistischen Prinzipien ausser Kraft gesetzt sind.

Der im August 1999 verstorbene Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat sich trotz seines stets prall gefüllten Terminkalenders sofort bereit erklärt, der Gründungsfeier des Vereins im September 1994 in Düsseldorf eine Ansprache zu halten, um dem Verein dadurch seine Unterstützung zu beweisen. Auch der damalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, der heutige Bundespräsident Johannes Rau, hat in seinen Ausführungen die uneingeschränkte Bereitschaft geäußert, der Arbeit von „Wider das Vergessen“ in Zukunft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen – ebenso Dr. Dieter Vogel, seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, die gemeinsam mit der Westdeutschen Landesbank die Patenschaft für „Wider das Vergessen“ übernommen hat.

Das Echo auf der Gründung von „Wider das Vergessen“ war auch im Ausland so groß, dass der amerikanische Regisseur Steven Spielberg „Wider das Vergessen“ bat, in Frankfurt am Main die Deutschland-Premiere seines Filmes „Schindlers Liste“ zu organisieren. Die Einnahmen aus dieser Benefiz-Veranstaltung und einem zusätzlichen Galadiner bei dem damaligen Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Andreas von Schoeler, das zu Ehren Spielbergs gegeben wurde, beliefen sich schließlich auf eine sechsstellige Summe, die der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau für dringende Restaurierungs- und Koservierungsarbeiten überwiesen werden konnten.

Auch mit zahlreichen anderen Veranstaltungen, Ausstellungen, Vorträgen und Lesungen hat der Verein seitdem versucht, dem bedauerlicherweise wachsenden Rechtsradikalismus, der Ausländerfeindlichkeit und nicht

zuletzt dem Antisemitismus entgegenzuwirken. Es sollen aber auch jene Intellektuelle, die seit Jahren lautstark für einen „Schlussstrich“ unter die Beschäftigung mit der NS-Zeit und gegen die unerläßliche Gedenkarbeit plädieren, mit ihrer eigenen „Waffe“ – dem Wort – geschlagen werden.

Wir widmen diesen Sammelband mit den Beiträgen aus „TRIBÜNE - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ dem im August 1999 verstorbenen Ignatz Bubis, der dieses Buch selber hatte vorstellen wollen. Er hat das Projekt von Anfang an mit Wohlwollen begleitet.

„Wider das Vergessen“ ist entschlossen, auch in Zukunft im Geiste von Ignatz Bubis gegen Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt - für Toleranz - einzutreten.

(Otto R. Romberg)

ISBN: 978-3-923150-48-9